Stromsteuer und Redispatch: Die Wette bei der Gegenfinanzierung könnte mit dem Netzpaket aufgehen

Berlin, 23.11.2026: Die Senkung der Stromsteuer soll über Einsparungen beim EEG gegenfinanziert werden. Die Einsparungen, so die Hoffnung der Bundesregierung, ergeben sich aus einem dauerhaft hohen Börsenstrompreis. Tatsächlich könnte der Redispatchvorbehalt genau das bewirken, indem er den Ausbau der Erneuerbaren bremst und fossilen Kraftwerken ihren Anteil an der Stromversorgung sichert – so die Sorge der BNW-Mitgliedschaft.

„Die Finanzierung der Stromsteuersenkung über hohe Strompreise ist erstens eine völlig fatale öffentliche Kommunikation und zweitens das erschreckende Bekenntnis, dass die Bundesregierung im kommenden Jahr nicht mit einem signifikanten Ausbau der Erneuerbaren und dadurch sinkenden Börsenstrompreisen rechnet. Tatsächlich könnte das ewige Hin und Her bei EEG und Netzpaket genau das bewirken. Besonders der Redispatchvorbehalt hat das Zeug dazu, die Energiewende nachhaltig auszubremsen und fossilen Energien ihren Anteil an der Stromerzeugung zu sichern.“, so Prof. Dr. Katharina Reuter, BNW-Geschäftsführerin.

Auch Sophia Eltrop, BNW-Vorständin und Vorständin der naturstrom AG betont mit Blick auf die schleppenden Verhandlungen und vielen Unklarheiten bei EEG und Netzpaket:

„Verunsicherung ist Gift für die Wirtschaft, das ist allgemein bekannt. Und die massiven Verzögerungen bei den zentralen energiepolitischen Weichenstellungen bringen massiv Verunsicherung für Erneuerbaren-Unternehmen. Wind- und Solarprojekte werden damit teurer oder erst gar nicht realisiert – was nicht nur schlecht ist für den Klimaschutz, sondern auch Wertschöpfung in Deutschland verhindert und Energiekosten nach oben treibt. Beim EEG scheint es immerhin konstruktive Fortschritte zu geben. Das große Damoklesschwert bleibt aber der Redispatchvorbehalt, mit dem aufgrund der unplanbaren Auswirkungen eine massive Verunsicherung auch nach Beschluss fortwirken würde. Dabei sind längst bessere Lösungen zur regionalen Steuerung im Gespräch – lasst uns diese nutzen!“

Redispatchvorbehalt bedroht das Geschäftsmodell mittelständischer Projektierer

In der BNW-Mitgliedschaft findet sich eine Vielzahl mittelständischer Projektierer, Energiegenossenschaften, Versorgungsunternehmen und Erneuerbaren-Pionier:innen. Auch sie teilen die Sorge beim Blick auf den Redispatchvorbehalt und warnen davor, dass Projekte vor Ort aufgegeben werden müssen. So betont Tobias Tusch, Geschäftsführer der EWS Energie GmbH:

„Kommt der Redispatchvorbehalt, werden betroffene Projekte auf einen Schlag unwirtschaftlich, und das bereits investierte Entwicklungskapital ist verloren. Netzbetreiber könnten so gesetzliche Ausbauziele, etwa aus dem Wind-an-Land-Gesetz, ins Leere laufen lassen. Statt das Risiko von Netzengpässen auf die Anlagenbetreiber abzuwälzen, brauchen wir den längst gesetzlich vorgeschriebenen Netzausbau und eine bessere Nutzung von Flexibilität und Digitalisierung.“

Auch Carolin Dähling, Bereichsleiterin Politik und Kommunikation bei Green Planet Energy sieht den Redispatchvorbehalt kritisch:

„Der Redispatchvorbehalt bestraft ausgerechnet diejenigen, die in unsere Energiezukunft investieren. Weil der Netzausbau verschleppt wurde, sollen Wind- und Solarprojekte jetzt die finanziellen Risiken tragen. Das macht Investitionen teurer und schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland, der für wettbewerbsfähige Strompreise dringend mehr Wind- und Solarenergie braucht. Statt neue Hürden aufzubauen, sollten wir erneuerbaren Strom intelligenter nutzen und Investitionen erleichtern."

Statt Redispatch: regionale Baukostenzuschüsse und systemdienliche Anschlussleistung fördern

Große Erzeuger von Erneuerbaren können die durch den Redispatchvorbehalt geschaffenen Unsicherheiten besser über ihr bundesweites Portfolio ausgleichen, während regionale Erzeuger wie Genossenschaften, Stadtwerke und mittelständische Betreiber das Risiko einpreisen müssen. Bei zukünftigen Ausschreibungen könnten so weniger Anbieter zum Zuge kommen. Weniger Wettbewerb am Strommarkt könnte die Kosten für die Energiewende allerdings steigen lassen – so die Monopolkommission, die einen effektiven Wettbewerb als das „beste Instrument" zur Senkung der Energiekosten benennt.

Der BNW fordert, den Redispatchvorbehalt aus dem Gesetz zu streichen und stattdessen die Netzdienlichkeit von Anlagen über regional differenzierte Baukostenzuschüsse, eine systemdienlich am Netzverknüpfungspunkt bemessene Anschlussleistung und Einspeiseprofile sicherzustellen.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Innovationen ein. Der Verband steht mit seinen Mitgliedern für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand und Familienunternehmen sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

https://www.bnw-bundesverband.de/